

Raubbau und Rettung

Ein Vergleich des Natur- und Umweltschutzes in den USA und Deutschland



Prof. Dr. CHRISTOF MAUCH, geb. 1960, ist Direktor des Deutschen Historischen Instituts, Washington.

Christof Mauch und Kiran Klaus Patel | **In den USA wie in Deutschland war Umweltschutz lange Zeit gleichbedeutend mit der selektiven Bewahrung ausgewählter Naturschönheiten bei gleichzeitiger Plünderung der Naturressourcen. Erst seit kurzem bestimmt die gemeinsame Einbettung in eine globale Umwelt die politische Agenda – mit unterschiedlichen Konsequenzen.**

Auf der einen Seite des Atlantiks schier endlose Weiten, auf der anderen kleinräumige Strukturen; auf der einen ein Land kontinentaler Ausdehnung, das von den Subtropen bis zur Arktis reicht, auf der anderen ein Staat mittlerer Größe im gemäßigten Klimagürtel: In kaum etwas scheinen sich die Vereinigten Staaten und Deutschland mehr zu unterscheiden als in den natürlichen Gegebenheiten, in der Physiognomie der Kulturlandschaften sowie im Umgang mit den Ressourcen der Natur. Die USA sind heute für etwa ein Viertel der globalen Kohlendioxidemissionen verantwortlich, als einziger westlicher Staat verschließen sie sich internationalen Verhandlungen zur Reduktion dieses globalen Problems. Dagegen steht Deutschland im Ruf, ökologisch zu agieren; immerhin war bis 2005 eine Umweltpartei mit an der Regierung. Allerdings stammen die radikalsten Schutzmaßnahmen des 20. Jahrhunderts aus den USA, und dort wächst heute das Bewusstsein, dass der bisherige Umgang mit Energie sich mittelfristig kaum wird fortsetzen lassen. Zugleich ist auch Deutschland vom Ziel der Nachhaltigkeit weit entfernt und hat sich im Verlauf des vergangenen Jahrhunderts immer wieder an den USA orientiert. Offensichtlich war der Weg beider Gesellschaften komplexer und widersprüchlicher als gemeinhin angenommen.



Prof. Dr. KIRAN KLAUS PATEL, geb. 1971, ist Juniorprofessor für Neuere Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und zurzeit Kennedy Fellow in Harvard.

Überfluss und Dynamik: Amerikas Weg in die Moderne

Bereits während der Kolonialzeit erschien der nordamerikanische Kontinent den weißen Siedlern als endlose, leere Weite. In der Kultivierung dieser „Wild-

nis“ sahen sie ihre gottgegebene, schier unerfüllbare Aufgabe. Der vermeintliche Überfluss an Ressourcen brachte indes unzählige Probleme mit sich. Denn wer genug Land besaß, brauchte sich keine Gedanken über ein nachhaltiges Wirtschaften zu machen. Land war nicht Heimat, sondern primär Ware. So bildete sich ein schneller Takt aus von günstigem Landerwerb, Erschließung, Anbau, Weiterverkauf und Umzug in eine neue Gegend, in der sich dasselbe Muster wiederholte.

Die US-Regierung hatte wesentlichen Anteil an diesen Entwicklungen, denn ihr unterstand ein bedeutender Teil des Bodens. Noch heute gehört ein Viertel des produktiven Waldes der USA dem Bund. Und selbst wenn der Staat Land abgab, gab er damit den Ton an für die weitere Entwicklung. Denn er beförderte so eine genuin kapitalistische Form der Naturnutzung, deren eigentliche Gewinner nicht so sehr die kleinen Farmer, sondern häufig Spekulanten und Großinvestoren waren.

Die volle Entfesselung eines verschwenderischen Umgangs mit den Ressourcen der Umwelt ist in den USA mit dem Übergang von einem solaren zu einem fossilen Energiesystem verbunden. Die ökologischen Folgen dieser Veränderung kamen vor allem im Verlauf des 20. Jahrhunderts zum Tragen – verursacht, befördert und begleitet durch Prozesse wie Bevölkerungswachstum und Urbanisierung, Industrialisierung und Motorisierung. So stieg der Pro-Kopf-Energieverbrauch in den USA vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis heute um das Vierfache an. Vor dem Hintergrund großer verfügbarer Energiemengen konnte sich die atemberaubende ökonomische und politische, aber auch soziale und kulturelle Dynamik entfalten, welche die USA am Ende des 20. Jahrhunderts in die Stellung der einzig verbliebenen Supermacht katapultierte. Auf der ökologischen Schattenseite dieses Erfolgswegs standen Zersiedlung, Verschmutzung und Artenzerstörung, vor allem aber eine Kultur der Verschwendung, die globale, zum Teil nicht mehr reversible Folgen zeitigte. Selbst der Ölpreisschock der frühen siebziger Jahre führte nur kurzfristig zum Umdenken; in erster Linie ließ er die Notwendigkeit, globalen Zugang zu den Ressourcen politisch und militärisch zu sichern, nur noch dringlicher erscheinen.

Auf der ökologischen Schattenseite standen Zersiedlung, Verschmutzung und Artenzerstörung.

Nachhaltigkeit und Verschwendung: Deutschland im 20. Jahrhundert

Ganz anders als Nordamerika war Deutschland bereits im Mittelalter relativ dicht besiedelt. Um 1900 wies das Deutsche Reich eine Bevölkerungsdichte von 107 Personen/km² auf, mehr als zehnmal so viel wie in den USA. Wie viele andere Europäer auch, hatten die Deutschen in ihrer Geschichte tiefgreifende Erfahrungen mit der Endlichkeit von Ressourcen gemacht, die stets ein Gegengewicht zu unkontrolliertem Verbrauch darstellten. In Nordamerika hingegen war das tradierte, lokal gebundene Erfahrungswissen durch die rasche Besiedlung des Landes und durch die Vertreibung und Vernichtung der Urbevölkerung schnell in Vergessenheit geraten. Paradoxerweise machte dieses fehlende Gegengewicht – zusammen mit der Endlosigkeit der Gebiete – Nordamerika so

immens attraktiv für Millionen von Emigranten, die die Neue Welt nicht zuletzt wegen ihrer natürlichen Ressourcen als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ begriffen.

Wenn man sich auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts konzentriert, muss aber auch für Deutschland von enormem Raubbau, von Verschwendung und Zerstörung die Rede sein. Die erste Jahrhunderthälfte sah noch ein merkwürdiges Nebeneinander von oft rückwärtsgewandter Schonung und utilitaristischer

Naturnutzung. Ideologisch stellte etwa das NS-Regime die Naturbindung des Menschen ganz in den Vordergrund.

Auch Deutschland schlug den Weg in die Verschwendung ein.

Um aber seine beiden Kernziele – Rassismus und Krieg – umzusetzen, beutete das Regime die heimischen Ressourcen intensiver aus als je zuvor. Forcierte Industrialisierung ging über Agrarromantik; Autarkiepolitik, Aufrüstung und außenpolitische Aggression waren wichtiger als alle Maßnahmen des Naturschutzes.

Somit schlug auch Deutschland den Weg in die Verschwendung ein. Man beschritt diesen aber weniger radikal als die USA. In manchen Fragen hinkte Deutschland den amerikanischen Entwicklungen einfach hinterher. So erfolgte etwa der Durchbruch zum Massenkonsum später als in Nordamerika. Er wurde außerdem zugleich etwas gemäßigert, da bald, nachdem sich diese Entwicklung in Deutschland Bahn gebrochen hatte, aufgrund globaler Erfahrungen die ökologischen Folgeprobleme absehbar wurden.

Wie auch in anderen Teilen Europas wurde in Deutschland der Weg in eine energieverschwendende Moderne zusätzlich zurückgehalten durch Kartelle, staatlich hochgehaltene Energiepreise und die Kleinräumigkeit der politischen Territorien. Hinzu kamen die geringere ökonomische und demographische Dynamik, die Diskontinuitäten auf der Ebene der politischen Geschichte und die stärkere Bindung an die Kohle als Energieträger.

Überaus nachahmenswert: amerikanischer Naturschutz

Es gab in den USA seit dem frühen 19. Jahrhundert nicht nur die Ausbeutung der Natur, sondern auch gegenläufige Tendenzen. Einige der einflussreichsten Vordenker und Protagonisten der ökologischen Bewegung stammten aus den Vereinigten Staaten. Daneben sind die Amerikaner zum Beispiel die Erfinder der großen Naturparks und damit eines Modells, das im 20. Jahrhundert auf dem ganzen Globus, vom Krüger National Park bis zum Bayerischen Wald, Karriere machte.

Im Wesentlichen ist die Geschichte der amerikanischen Naturschutzbewegung die einer von romantischen und transzendentalistischen Ideen inspirierten Bewegung, die mit den städtischen Mittelschichten das Bedürfnis teilte, „unberührte“ und spektakuläre Naturräume vor der landwirtschaftlichen, industriellen und urbanen Erschließung zu schützen.

Als das Land in den 1890er Jahren weitgehend erschlossen war und es offiziell keine Grenzen mehr gab, suchten immer mehr Amerikaner die Begegnung mit der rauen Natur. Zur individuellen Identitätssuche kam der Stolz auf die angeblich spezifische „amerikanische Natur“. Die „unberührten“ Landschaften

drückten für die frühen Naturschützer aus, dass die amerikanische Nation eine von Gott gegebene Einheit darstelle. Monumentale Naturwunder wie der Grand Canyon galten ihnen als nationale Symbole. Es war deswegen nur konsequent, dass der US-Kongress 1864 erstmals ein größeres Gebiet unter Naturschutz stellte. Der Staat unterstützte somit diese Bewegung massiv. Natur und Nation waren so eng aufeinander bezogen, dass Reisen in die Schweizer Alpen als unpatriotisch galten.

Zur nationalen Identitätsstiftung in der industriellen Moderne gesellte sich als weitere Ursache für den Aufstieg des Naturschutzes noch die ökonomische Zweckrationalität. Die Eisenbahngesellschaften, Hoteliers und andere entdeckten früh die touristischen Potenziale der amerikanischen Landschaft. Die Naturerfahrung (im eigentlichen Wortsinn) wurde zum Höhepunkt jedes Parkerlebnisses. Dazu brauchte man jedoch Wege und Straßen, Brücken und Motels. Während 1914 noch 240 000 Personen die Parks besuchten, waren es 1940 bereits 17 Millionen und 2005 mehr als 380 Millionen Menschen.

Dementsprechend hielt das „conservation movement“, das sich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entwickelte, Schutz und Nutzung keineswegs für Gegensätze. Vielmehr kämpften seine Protagonisten, zu denen Präsident Theodore Roosevelt zählte, nur gegen die extremsten Formen der Naturausbeutung. Die Natur wurde als Rohstofflieferantin gesehen, deren Bestand für spätere Generationen gesichert werden sollte. Das „conservation movement“ wollte eine gesteuerte, möglichst effiziente Verwendung der natürlichen Ressourcen. Dagegen blieb die Idee eines weitreichenden Naturschutzes immer die Sache einer kleinen Minderheit. Politisch hatten radikale Umweltpostel, die so genannten „preservationists“, kaum Einfluss und wurden von vielen belächelt. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat man ihr Denken neu entdeckt.

Der Aufstieg des Naturschutzes entsprach ökonomischer Zweckrationalität.

Seit dem Wilderness Act von 1964 wurden größere Gebiete nicht mehr kommerziell genutzt und straßenlose Wildnisgebiete im Hinterland der Naturparks und in Alaska eingerichtet. Denn im Reformklima der 1960er Jahre wuchs dem Umweltgedanken in den USA breite Unterstützung zu. Die Hauptvoraussetzungen dafür waren eigentlich paradox: Sie lagen im mittlerweile unübersehbaren Stand der Zerstörung ebenso wie im erreichten Wohlstandsniveau. Eine wichtige Rolle für den Durchbruch zu einem neuen Umweltbewusstsein spielte Rachel Carsons Buch „Der stumme Frühling“ von 1962. Carson, eine bereits zuvor populäre Meeresbiologin, prangerte darin den wahllosen Einsatz von Pestiziden, vor allem von DDT, an. 1972 wurde DDT in den USA verboten – zynischerweise jedoch weiterhin in andere Teile der Welt exportiert. Kritische Stimmen brachten nun einen neuen Gedanken in die Debatte ein: Sie trieb die Sorge um, dass die von Menschen verursachte Zerstörung der Natur sich schleichend ausbreiten und das Ende der Menschheit bedeuten könnte.

Diese Vorstellungen fanden breite Unterstützung in der Gesellschaft: 1970 gingen am Earth Day zwischen 10 und 20 Millionen Amerikaner auf die Straße, um gegen die Zerstörung der Natur zu protestieren. Außerdem kam es seit

In den siebziger Jahren bewegte sich der Umweltschutz nach links.

den 1970er Jahren zu einer Vielzahl staatlicher Gesetze, die auf verschiedenen Ebenen ökologische Belange unterstützten. Unter Präsident Nixon wurde ein Umweltministerium eingerichtet, und auch die Gerichte entwickelten sich verstärkt zu Orten, an denen die Interessen der Umwelt durchgesetzt werden konnten. In politischer Hinsicht verstärkte sich zudem jener politische Farbenwechsel, der sich bereits seit den 1930er Jahren abgezeichnet hatte. War der Conservation-Gedanke ursprünglich eher rechts von der Mitte angesiedelt gewesen, so bewegte sich der Umweltschutz nun nach links und über die sozial exklusiven Kreise von Wissenschaftlern, hohen Beamten und Geschäftsleuten hinaus, die ihn bis dahin hauptsächlich getragen hatten. In den Präsidentschaftskandidaturen des grünen Politikers Ralph Nader und des ökologisch denkenden Demokraten Al Gore 2000 zeigte sich deutlich die Virulenz dieser Ideen in den USA.

Vom „Heimatschutz“ zum Umweltschutz

In Deutschland verdichtete sich die Debatte über den Zustand von Natur und Landschaft – und zugleich das Nachdenken über Abhilfe – etwas später als in den USA. Um die Jahrhundertwende, kurz nach Beginn der Hochindustrialisierung, mündeten auch hier die bis dahin vereinzelt Diskussionen über Wald- und Vogelschutz sowie über die Einrichtung staatlicher Parks in eine allgemeine Naturschutzdebatte. Im Vergleich zu den USA und ihrem frühen „conservation movement“ sticht an Deutschland die Pluralität, aber auch die Zersplitterung der Naturschutzbewegung ins Auge.

Eine wichtige Rolle nahm im Kaiserreich die Heimatschutzbewegung ein. Der 1904 gegründete „Bund Heimatschutz“ war die erste nationale Organisation, die sich zur Bewahrung der Natur bildete. Auch hier richtete sich die Kritik gegen die Zerstörungen, die der Industriekapitalismus mit sich brachte. Es wäre deshalb zu einfach, den Bund und seine Mitglieder pauschal als Reaktionäre zu stigmatisieren. Im internationalen Vergleich war die frühe deutsche Naturschutzbewegung insgesamt nicht auffallend konservativ oder gar reaktionär. Darüber hinaus verweist der Name des Bundes auf ein wichtiges Charakteristikum des deutschen Naturschutzgedankens: Schutz der „Heimat“ umfasste den Naturschutz, meinte aber auch Denkmalschutz sowie die Pflege von Sitten und Gebräuchen. Das war typisch für Deutschland. „Heimat“ und Landschaft implizierten eine Mischung aus Natur und Kultur. Nicht eine Wildnis im fernen Westen, sondern die seit Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft vor der eigenen Tür stand im Mittelpunkt. Zugleich sollte wie in den USA die Natur eine gemeinschafts- und identitätsstiftende Aufgabe übernehmen. Mehr als in Amerika spielten hier das Lokale und das Regionale eine Rolle: Natur stand für regionale Verwurzelung, für eine dauerhafte, emotional besetzte Bindung.

Früh ließ sich auch in Deutschland der Staat in den Naturschutz einbinden. In Preußen wurde 1906 die „Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege“ eingerichtet, die beratende und überwachende Funktion, aber keine Ent-

scheidungskompetenz für Schutzmaßnahmen hatte. Am Primat der Ökonomie änderte sich also wenig. In der allgemeinen Krisenatmosphäre der Weimarer Republik verengte sich der politische Horizont des Naturschutzes zunehmend auf eine völkisch-rassistische Linie. Das 1935 erlassene Reichsnaturschutzgesetz schien Hoffnungen, die die Naturschützer auf das NS-Regime gesetzt hatten, zu bestätigen. Immerhin wurde der Naturschutz nun zu einer Sache des Reiches gemacht und die Sanktionsmittel wurden ausgebaut. Auf praktischer Ebene tat sich jedoch wenig. Die Diktatur ließ sich durch ihr eigenes Gesetz nicht in die Pflicht nehmen. Nach 1945 wurde der Naturschutz wieder föderalisiert und juristisch beschnitten. In West und Ost standen vorerst die Vorzeichen auf Aufbau und Wirtschaftswachstum, nicht auf Bewahrung und Schutz.

Umweltfragen wurden in Westdeutschland an der Wende zu den siebziger Jahren, und damit ungefähr eine Dekade später als in den USA, zu einem wichtigen, politisch umkämpften Thema. Natürlich hatte sich dieser Bedeutungsgewinn zuvor langsam aufgebaut. Um das Jahr 1970 wurde der Umweltschutz dann als zentrales Anliegen und wichtiger öffentlicher Diskussionsgegenstand akzeptiert. Ursache dafür war der wachsende ökologische Problemdruck. Weitere Faktoren waren die Krisenstimmung nach dem Ölpreisschock der frühen siebziger Jahre und die Tatsache, dass der Staat das Thema für sich entdeckte. Naturschutz sollte mehr sein als ein Nischenphänomen.

Weitere Faktoren für ein wachsendes Problembewusstsein waren die Siedlungsdichte und die Kleinräumigkeit Deutschlands. Viele Menschen sahen sich mit Umweltproblemen im eigenen Hintergarten konfrontiert. Das zeigt sich an der Antiatomkraftbewegung: Viele waren für mehr Strom, aber niemand für das AKW vor der Haustür, und angesichts der hohen Siedlungsdichte war bald nirgendwo mehr das nächste Kernkraftwerk fern. Mindestens so wichtig wie die bisherigen Naturschutzorganisationen wurden lokal oder regional agierende Bürgerinitiativen, die einmal mehr die konkrete, eigene „Heimat“ schützen wollten. Hinzu kam die Angst vor der militärischen Nutzung der Kernspaltung in einem Land, das gute Chancen hatte, zum Schauplatz eines dritten Weltkriegs zu werden. Antiatom- und Umweltschutzbewegung verstärkten sich so wechselseitig, und als es 1975 durch Bürgerproteste gelang, im badischen Wyhl den Bau eines Kernkraftwerks zu verhindern, stellte dies den größten Triumph dieses Bündnisses dar.

Antiatom- und Umweltbewegung verstärkten sich wechselseitig.

Schritt für Schritt wurde das ökologische Denken in der Bundesrepublik seit den frühen siebziger Jahren weiter politisiert, verwissenschaftlicht und professionalisiert, was sich bereits im damals neuen Begriff „Umweltschutz“ widerspiegelte. Dieser zielte nicht mehr nur auf ausgewählte Naturschönheiten, sondern auf einen nachhaltigen Umgang mit der gesamten Natur. Die 1980 gegründete Partei der Grünen schrieb sich diesen Gedanken auf ihre Fahnen. Obwohl in dieser Zeit manche Umweltbelastungen schon wieder zurückgingen, verzeichnete die Partei binnen weniger Jahre einen enormen politischen Erfolg, der bis zu Regierungsbeteiligungen auf Landes- und Bundesebene reichte. Im

Gegensatz zu den Naturschutzbewegungen, die teilweise auf eine knapp hundertjährige Geschichte zurückblicken konnten, verstanden die Grünen sich nie als staatsnahe Honoratiorenvereinigung, sondern setzten auf Massenmobilisierung und Publizität. Heute ist die ökologische Frage von der politischen Agenda nicht mehr wegzudenken – was aber nicht heißt, dass sich ein nachhaltiger Umgang mit der Umwelt durchgesetzt hätte.

Lernprozesse und globale Abmachungen

Zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der modernen Umweltgeschichte in den USA und Deutschland treten die Verbindungen zwischen beiden Gesellschaften. Seit dem späten 19. Jahrhundert waren die Deutschen fasziniert vom amerikanischen Umgang mit der Natur. Der Hauptgrund liegt darin, dass die USA so viel radikaler mit der Umwelt umgingen – im Guten wie im Schlechten. Die beeindruckenden Ergebnisse, die Industrialisierung und (Sub)Urbanisierung, Motorisierung oder der Übergang zur

Die gemeinsame Einbettung in globale Regulierungssysteme wurde wichtiger.

Konsumgesellschaft in den USA zeitigten, ließen die damit einhergehende Versiegelung von Böden, das Aussterben von Arten und allgemein die Umweltzerstörung immer wieder vergessen. Insofern hat das Vorbild Amerika einen Anteil am deutschen Weg zu einem verschwenderischen Umgang mit Raum und Ressourcen. Allerdings war Amerika auch Vorbild, als um die Wende zum 20. Jahrhundert in Deutschland diskutiert wurde, „Staatsparks“ einzurichten. Wilhelm Wetekamp betonte 1898, die USA seien in „außerordentlich nachahmenswerther Weise“ vorangegangen. Die „Erfindung“ des nationalen Umweltschutzes in der Bundesrepublik 1969/70 speiste sich nicht zuletzt aus transatlantischen Expertennetzwerken und der Hilfe der UNESCO, der OECD und sogar der NATO.

Umgekehrt vermochte Deutschland aufgrund einer ausgeprägteren Kultur des Maßhaltens immer wieder Amerikaner für sich zu faszinieren. Das auf tradiertem Wissen, aber auch auf jahrhundertelangen Analysereihen beruhende Nachhaltigkeitskonzept der deutschen Forstwirtschaft machte zum Beispiel auf amerikanische Wildnis-Befürworter großen Eindruck. Und von „Wyhl“ ließ sich auch die amerikanische Anti-AKW-Bewegung inspirieren.

Vor allem in der zweiten Jahrhunderthälfte wurde jedoch eine andere Dimension wichtiger als die binationaler Kontakte: die gemeinsame Einbettung beider Umweltgeschichten in globale Regulierungssysteme. Seit den späten 1960er Jahren gab es Versuche, sich international in ökologischen Fragen abzustimmen, bald danach im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio de Janeiro. Auf der Folgekonferenz von Kyoto 1997 legten Delegierte aus aller Welt verbindliche Grenzen für die Belastung der Umwelt durch Kohlendioxid fest: Während die USA das Protokoll nicht unterzeichnet haben, hat sich Deutschland für den Vertrag engagiert, ihn schnell ratifiziert und seinen Schadstoffausstoß deutlich reduziert. Ironischerweise beschreiten damit die USA – das Land, das wie kein anderes dafür ge-

sorgt hat, dass sich Deutschland nach 1945 von allen „Sonderwegen“ verabschiedete – selbst einen Kurs internationaler Unabhängigkeit und Isolation.

Zwischen Bewahren und Big Business

Ein Vergleich der Umweltgeschichten beider Länder verdeutlicht zum einen Parallelen: Beide Gesellschaften setzten auf ihrem Weg in die Moderne auf eine bis dahin unbekannte Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Sowohl in Deutschland als auch in den USA hat sich im 20. Jahrhundert eine nicht nachhaltige Form des Umgangs mit Natur und Umwelt durchgesetzt – in den USA jedoch früher und in manchen Bereichen deutlich intensiver als in Deutschland. Vor allem seit den 1970er Jahren, als in Deutschland ein gewisses Umdenken wirksam wurde, scheinen sich die beiden Gesellschaften auseinander zu bewegen. Der Kohlendioxidverbrauch als Schlüsselproblem im Bereich der Nachhaltigkeit ist dafür das beste Beispiel.

Überraschenderweise war das Eingreifen des Staates in der Umweltgeschichte der USA stärker als in Deutschland. Indem die US-Regierung etwa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stets dafür sorgte, dass Energie zu billigen Preisen verfügbar war, machte der Staat die amerikanische Gesellschaft stark von dieser Ressource abhängig. Der Effekt war auch in diesem Fall paradox: Einerseits hat dies die ökonomische Entwicklung in den Vereinigten Staaten beflügelt und ungeahnte Kräfte mobilisiert, andererseits sind die USA unflexibel und verwundbar geworden, da sie ohne einen Zugang zu derart billigen Energieressourcen in größte Probleme kommen.

Während es in Bezug auf den Umgang mit der Natur wichtige Unterschiede zwischen beiden Gesellschaften gibt, überwiegen in der Geschichte des Naturschutzes die Parallelen. Der Aufstieg des Schutzgedankens war jeweils eng an die Moderne gebunden. Die Kulturtechnik des Bewahrens hat sich die längste Zeit nicht auf die Natur als Ganzes bezogen, sondern nur auf spezifische Landschaften, Tiergattungen oder Energieformen. Sie hatte häufig die Aufgabe, an die vormoderne Vergangenheit zu erinnern. Vor diesem Hintergrund erscheint das Naturideal der „Wildnis“, das sich in den USA weiterhin großer Beliebtheit erfreut, als problematisch, da es von einer umweltverträglichen Gesamtsicht auf die Natur ablenkt. Für Deutschland mag man sich fragen, warum ausgerechnet die spezifisch vormoderne Kulturlandschaft, mit Wacholderheiden oder Streuobstwiesen, so enorm schützenswert ist.

Die Gleichzeitigkeit von Ausbeutung und selektiver Bewahrung ist ein zentrales Paradoxon der Moderne.

Zugleich geht in beiden Ländern der Schutz dieser Enklaven einher mit der radikalen Ausbeutung anderer Landschaften, Ressourcen oder Tierarten. Tabuisierung und Zweckreduzierung gehen Hand in Hand. Diese Gleichzeitigkeit von enormer Ausbeutung und selektiver Bewahrung stellt insgesamt ein zentrales Paradoxon der Moderne dar. Beide Gesellschaften stehen somit vor immensen Herausforderungen. Aufgrund ihrer besonderen Geschichte ist der Problemdruck in den USA jedoch besonders groß.